Eberhard-Karls-Universität Tübingen
- Seminar für Sinologie und Koreanistik -

Herrschaftslegitimation im Wandel: Die neue Rolle des Privatunternehmers in der Ideologie der Kommunistischen Partei Chinas

Hausarbeit zum Proseminar: XXXXXXXX

Wintersemester XXXXXXX
Dozent: XXXXXXX.

Vorgelegt von:
Oliver Pöttgen

Angestrebter Abschluss: Bachelor of Arts
Hauptfach: Sinologie
Nebenfach: Politikwissenschaft

XXXXXXXX
XXXXXXXX

Tübingen, den XXXXXX

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Seit der Ende der 1970er Jahre eingeleiteten Reform- und Öffnungspolitik kam es in der Volksrepublik (nachfolgend: VR) China zu fundamentalen wirtschaftlichen und dadurch bedingt gesellschaftlichen Veränderungen, die für die gegenwärtigen Probleme und Herausforderungen des Landes von zentraler Bedeutung sind. Jedoch blieb mit der autoritären Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas die wesentliche Konstante chinesischer Geschichte seit Gründung der VR China bis heute bestehen.

Diese Kontinuität der Herrschaftsausübung erscheint mir wesentlich durch eine teils radikale Anpassung der Parteiideologie an einen sich verändernden sozioökonomischen Rahmen ermöglicht. Letztmalig erfolgte 2002 eine programmatische Ergänzung, die wesentlich zu jener ideologischen Entwicklung beigetragen hat, die Sebastian Heilmann mit dem Titel „Von der Klassen- zur Volkspartei“[1] beschreibt. Die Partei stellt sich nicht mehr als revolutionäre Vorhut der Bauern- und Arbeiterklasse dar, sondern erhebt nun einen Vertretungsanspruch für alle Gesellschaftsschichten. Als beispielhaft hierfür sehe ich die neue ideologische Rolle an, die die Partei nun der privaten Unternehmerschicht zukommen lässt. Der Privatunternehmer als vormaliger „Klassenfeind“ ist formal rehabilitiert und das für diese Gesellschaftsschicht geltende Parteibeitrittsverbot aufgehoben. Dieses neue Verhältnis zwischen Partei und Privatunternehmer möchte ich in den Mittelpunkt meiner Untersuchung zur Herrschaftslegitimation der Partei durch ideologische Anpassung an einen veränderten sozioökonomischen Rahmen stellen. Dazu erscheint es mir notwendig darzulegen, wie

a) die Rolle des Privatunternehmers nach streng marxistisch-leninistischer/maoistischer Sichtweise bewertet wird und wie sich dieses offizielle Verständnis in der Partei gewandelt hat (erster Teil), und

b) sich Privatunternehmer spätestens ab den 1990er Jahren durch die veränderten zentralen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen als wichtiger sozialer Faktor etabliert haben, den die Partei auch ideologisch einzubinden versucht (zweiter Teil).

Die möglichen Folgen des Parteibeitritts von Privatunternehmern für das politische System der VR China nehmen in der derzeitigen sinologischen und politikwissenschaftlichen

[1] Heilmann 2003.

Diskussion viel Raum ein. Dem möchte ich durch Wiedergabe der wesentlichen Thesen im dritten Teil meiner Untersuchung Rechnung tragen. Grundsätzlich ist hierbei jedoch zu berücksichtigen, dass man keinen abgeschlossenen und zeitlich bereits länger zurückliegenden Prozess, sondern eine hochaktuelle Entwicklung untersucht, die oft nur Spekulationen zulässt.

1. Der Privatunternehmer aus parteiideologischer Sicht

Teil 1 widmet sich folgenden Fragen: Wie hat sich die offizielle parteiideologische Sichtweise gegenüber dem Privatunternehmer in den letzten Jahren verändert? Durch welches ideologische Konzept wurde formal die Rehabilitierung dieser Gesellschaftsgruppe und ihre Aufnahme in die Partei ermöglicht?

1.1 Vom „Klassenfeind" zur „fortschrittlichen Produktivkraft"

Bis 1982 war im Parteistatut der Kommunistischen Partei Chinas der Marxismus-Leninismus als alleiniger ideologischer Leitfaden verankert. Das Parteistatut wurde 1982 durch die „Mao-Zedong-Ideen", 1997 durch die „Deng-Xiaoping-Theorie" und letztmalig 2004 durch die Theorie der „Dreifachen Repräsentation" ergänzt. Der Marxismus-Leninismus bildet also noch immer einen zumindest formalen Teil des Fundaments dieses ideologischen Panoptikums, auch wenn die „Deng-Xiaoping-Theorie" in den letzten 20 Jahren als die bestimmende Leitideologie fungierte.[2]

Der maßgeblich durch Mao Zedong sinisierte Marxismus-Leninismus bestimmte offiziell bis zum XVI. Parteitag 2002 die ideologische Rolle des Privatunternehmers. Nach dieser Sichtweise galt der Privatunternehmer als wesentlicher Teil einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung, als „Klassenfeind" und Angehöriger einer „Ausbeuterklasse", den es auf dem Weg zu einer schließlich kommunistischen Gesellschaftsordnung zu bekämpfen galt. Dementsprechend kam dieser Unternehmertyp in den stark ideologisierten Jahrzehnten vor der Einleitung der Reformpolitik offiziell gar nicht mehr vor bzw. wurde pro forma durch Kampagnen bekämpft.[3] Die durch die Reformen ermöglichte und schrittweise einsetzende

[2] vgl. Heberer 2003: 39.
[3] vgl. Heberer 2003: 47.

wirtschaftliche Privatisierung führte im Laufe der 1980er Jahre zur „Rückkehr“ des Privatunternehmers als Basis einer sich bis heute allmählich herausbildenden Mittel- und Oberschicht. Vor dem Hintergrund innerparteilicher Grabenkämpfe in den späten 1980er Jahren und der durch die Vorfälle auf dem Platz des Himmlischen Friedens verursachten innenpolitischen Krise wurde jedoch 1989 die Aufnahme von Privatunternehmern in die Partei verboten.[4] Dieses Verbot und die offizielle Parteiideologie wurden erst 2002 revidiert, begleitet von Protesten älterer Parteimitglieder des konservativen linken Flügels der Partei. [5] De facto wurden allerdings Privatunternehmer unter Umgehung des Verbots auf lokaler Ebene bereits seit den 1980er Jahren in die Partei aufgenommen (laut Schätzungen traf das auf 20% der Privatunternehmer zu). [6] Ich möchte diese Tatsache allerdings nicht weiter berücksichtigen, da die offizielle Haltung sich nicht veränderte. Dies geschah erst durch die vom damaligen Generalsekretär der Partei Jiang Zemin entwickelte Theorie der „Dreifachen Repräsentation“. Diese Theorie erhob den Privatunternehmer zur „fortschrittlichen Produktivkraft“ und definierte so seine ideologische Rolle neu.

1.2 Die „Dreifache Repräsentation“

Die Theorie der „Dreifachen Repräsentation“ (s1ng= d4ibi3o) stand im Mittelpunkt des im November 2002 abgehaltenen XVI. Parteitages, dessen Ergebnisse Sebastian Heilmann pointiert so zusammenfasst:

> „[…]Kernelemente der marxistisch-leninistischen Ideologie (Abschaffung von Privateigentum, Auslöschung der privaten Unternehmerschicht, Bekämpfung der ‚Kapitalistenklasse’ und Dominanz öffentlichen Eigentums) [wurden] de facto aufgegeben.“[7]

Jiangs Theorie fand auf diesem Parteitag Eingang in das Parteistatut und im März 2004 in die Präambel der Staatsverfassung.[8] Anders als bei den „Mao-Zedong-Ideen“ und der „Deng-Xiaoping-Theorie“ findet Jiangs Name jedoch keine explizite Erwähnung, sondern es ist von den „wichtigen Gedanken der ‚Dreifachen Repräsentation’“ die Rede, obgleich die Theorie als Jiangs ideologisches Vermächtnis gilt.[9]

---

[4] s. Dickson 2003a: 187.
[5] s. Holbig 2002: 1406.
[6] s. Holbig 2002: 1407; vgl. auch Dickson 2003a: 198.
[7] Heilmann 2004: 72.
[8] Eine genaue Darstellung von der Entstehung der Theorie bis zu ihrer Verankerung im Parteistatut findet sich bei Wu 2003. Für die Aufnahme der Theorie in die Präambel der Staatsverfassung s. Holbig 2004.
[9] s. Holbig 2004: 262.

Der zentrale Satz dieser Theorie stellt in der Tat eine Abkehr von wesentlichen marxistisch-leninistischen Inhalten dar und verdeutlicht die Entwicklung von einer revolutionären Partei als Vorhut der Arbeiter- und Bauernklasse zu einer Partei, die einen Vertretungsanspruch für alle sozialen Schichten postuliert. Die Partei vertritt demnach:

> „die Erfordernisse der Entwicklung fortschrittlicher Produktivkräfte, die Richtung des Vorwärtsschreitens fortschrittlicher Kultur und die grundlegenden Interessen der überwiegenden Mehrheit des chinesischen Volkes.“[10]

In Bezug auf meine Untersuchung ist besonders die Formulierung „die Erfordernisse der Entwicklung fortschrittlicher Produktivkräfte“ wichtig, denn diese Bezeichnung schließt nun auch die Interessenvertretung der Privatunternehmer mit ein und ermöglicht ihnen somit den Parteibeitritt. Dass die private Unternehmerschicht tatsächlich zu den Produktivkräften der chinesischen Gesellschaft gehört, beweist ihre enorme Bedeutung für die Entwicklung der Wirtschaft (s. auch 2.1 *Wirtschaftliche Privatisierung und gesellschaftliche Pluralisierung*). Das Adjektiv „fortschrittlich“ ist aus parteiideologischer Sicht zu interpretieren, da es das Mitwirken an der „sozialistischen Modernisierung“ Chinas zum Inhalt hat. Da diese Modernisierung heute jedoch sehr kapitalistisch geprägt ist, dürfte das wirtschaftliche Handeln der Privatunternehmer genau diese Art Fortschrittlichkeit ausdrücken.[11]

Zu konstatieren ist also, dass sich die offizielle parteiideologische Sichtweise gegenüber dem Privatunternehmer fundamental gewandelt hat. Aus ehemaligen „Klassenfeinden“ wurden „fortschrittliche Produktivkräfte“, deren Interessen es zu vertreten gilt. Dass diese Anpassung der Parteiideologie aus Gründen der Herrschaftslegitimation einem veränderten sozioökonomischen Rahmen geschuldet ist, möchte ich nun im zweiten Teil meiner Untersuchung verdeutlichen.

---

[10] Zitiert nach Holbig 2002: 1404.

[11] Die Auslegung der Theorie hat sich in den letzten Jahren in ihren Akzenten etwas verschoben. Während unter Jiang Zemin die Aufnahme der Privatunternehmer im Mittelpunkt stand, möchte man unter seinem Nachfolger Hu Jintao verstärkt Volksnähe beweisen, beispielsweise indem man sich den Problemen benachteiligter Gesellschaftsschichten zuwendet (vgl. Holbig 2004: 263).

2. Der veränderte sozioökonomische Rahmen

Teil 2 widmet sich folgenden Fragen: Welche wirtschaftlichen Entwicklungen haben die „Rückkehr“ des Privatunternehmers ermöglicht? Welche Interessen verfolgt diese Gesellschaftsschicht? Warum muss die Partei an ihrer Einbindung interessiert sein? Wie gestalten sich die Verbindungen zwischen dieser Gruppe und der Partei?

2.1 Wirtschaftliche Privatisierung und gesellschaftliche Pluralisierung

Im Kern der Wirtschaftsreformen stand die graduelle Entwicklung und Förderung marktorientierter Strukturen und privatwirtschaftlicher Initiativen, somit also die ebenso graduelle Rücknahme zentralistischer Planwirtschaft. Die 1978 für die Landwirtschaft eingeleiteten Reformen wurden 1984 in ähnlicher Weise auf die Industrie übertragen.[12] Vor dem Hintergrund der bereits oben erwähnten innenpolitischen Spannungen wurde Ende der 1980er Jahre darüber gestritten, bis zu welchem Grad die chinesische Wirtschaftsordnung marktwirtschaftlich orientiert sein sollte. Das durchschnittliche Jahreswirtschaftswachstum der VR China von 1982 bis 1992 wird auf 9,5% geschätzt[13], und spätestens mit der 1992 auf dem XIV. Parteitag ausgegebenen Maxime, eine „sozialistische Marktwirtschaft“ als wirtschaftspolitisches Ziel zu verfolgen, setzte ein weiterer Wachstumsschub ein, und die privatwirtschaftliche Entwicklung nahm stark zu. Viele Arbeitnehmer wagten den Sprung in die Selbständigkeit.[14] Dies alles wurde begünstigt durch das vermehrte Engagement ausländischer Investoren auf dem chinesischen Markt, so dass 1993 eine Wachstumssteigerung von 14% im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet wurde. Aus Angst vor einer wirtschaftlichen Überhitzung griff der Staat in den Folgejahren verstärkt regulierend ein. Seit 2003 liegen die Wachstumsraten bei etwa 10%[15]; sie sind aufgrund größtenteils maroder und unrentabel wirtschaftender Staatsunternehmen maßgeblich auf den privaten Wirtschaftssektor zurückzuführen. Die Anzahl der Beschäftigten in diesem Sektor wuchs nach offiziellen Angaben innerhalb eines Jahrzehnts von 21,51 Mio. (1989) auf 87,01 Mio (1998) an[16], wobei zu berücksichtigen ist, dass diese Zahlen unterbewertet sein dürften, „um den tatsächlichen Stand der Privatisierung zu verschleiern“.[17]

[12] s. Fischer 2005a: 9.
[13] s. Heilmann 2004: 169.
[14] s. Fischer 2005a: 10.
[15] Eine Wachstumsstatistik von 1990 - 2005 findet sich bei Fischer 2005b: 19.
[16] s. Fewsmith 2003: 25.
[17] Heberer 2003: 41.

Die Wirtschaft der VR China hat also insbesondere während der letzten 15 Jahre ein enormes Wachstum erfahren, das eng mit der wirtschaftlichen Privatisierung verbunden ist. Vor diesem Hintergrund wurde 2004 die Privatwirtschaft durch eine Verfassungsänderung auch formal aufgewertet, denn nun findet sich in der Verfassung „anstatt der bisherigen bloßen passiven Duldung erstmals ein explizites Bekenntnis zur aktiven Förderung der nichtstaatlichen Wirtschaft durch den Staat."[18]

Eine ganz wesentliche Folge dieses wirtschaftlichen Strukturwandels stellt die zunehmende gesellschaftliche Pluralisierung in Verbindung mit einer Rücknahme staatlicher Steuerung im sozioökonomischen Bereich dar. Die Zugehörigkeit zu politischen Klassen wurde durch die Zugehörigkeit zu sozialen Schichten abgelöst. Zunehmend konsolidiert sich eine neue Mittel- und Oberschicht, deren Basis die private Unternehmerschicht ist. Bauern und Arbeiter als frühere ideologische Zielgruppe der Partei gelten als Verlierer der Reformen, Einkommensunterschiede nehmen zu. Gleichzeitig sind aber auch Möglichkeiten zu privater Initiative in einem gewissen Rahmen gegeben, sei es im gesellschaftlichen oder im wirtschaftlichen Bereich, da sich der Staat zurückzieht. Der Privatunternehmer ist ein wesentliches Element dieses Veränderungsprozesses, zum einen, da er selbst daraus hervorgegangen ist, und zum anderen, da er diese Entwicklung als Motor wirtschaftlichen Wachstums weiter vorantreibt.[19]

2.2 Einfluss der Privatunternehmer

Ich habe bereits auf die Bedeutung privatunternehmerischer Initiative für die wirtschaftliche Entwicklung Chinas hingewiesen. Ohne den prosperierenden Privatsektor wären die oben genannten Wachstumsraten nicht denkbar. Daneben aber kommt Privatunternehmern insbesondere in ländlichen Regionen in zunehmendem Maße eine gesellschaftliche Führungsrolle zu. So sind erfolgreiche Privatunternehmer Teil einer neuen ländlichen Elite, die aufgrund ihrer Funktion als örtlicher Arbeitgeber, Investor und Wohltäter Anerkennung und Respekt von Seiten der Bevölkerung genießt.[20] Wohltäter insofern, als dass bei Privatunternehmern eine hohe Spendenbereitschaft für soziale Zwecke festzustellen ist, beispielsweise für Schul- oder Infrastrukturprojekte.[21] Dass dieses soziale Engagement

---

[18] Holbig 2004: 264.
[19] vgl. zur gesellschaftlichen Pluralisierung auch Fewsmith 2003: 25ff. und Heberer: 2003 41ff.
[20] s. Heberer 2003: 46.
[21] Eine ausführliche Untersuchung zur Spendenbereitschaft findet sich bei Dickson 2003b: 117ff.

natürlich auch durch die Absicht motiviert ist, erworbenen Einfluss zu sichern und auszubauen, liegt auf der Hand. Diesem Zweck sollen auch die politischen Ambitionen nicht weniger Privatunternehmer dienen. Sie treten bei auf der lokalen Ebene gestatteten Wahlen als Kandidaten an und sind in Kongressen vertreten.[22] Auch wenn diese Einrichtungen letztlich keine unabhängigen Entscheidungen treffen können und eher konsultativen Charakter haben, so wird doch deutlich, dass Privatunternehmer am politischen Gestaltungsprozess teilnehmen möchten, sei es auch hauptsächlich zur Wahrung eigener Interessen.[23] Eine weitere Möglichkeit hierzu bietet sich durch die Parteimitgliedschaft, wie ich in den folgenden zwei Unterpunkten kurz erläutern möchte.

2.3 Verbindungen zwischen Privatunternehmern und Partei

Verbindungen zwischen Privatunternehmern und Partei können entweder über die direkte Parteimitgliedschaft, oder korporatistisch über die Zugehörigkeit zu Wirtschaftsverbänden erfolgen. Diese Verbände dienen auch als Schnittstelle zwischen der Partei und den ihr nicht beigetretenen Privatunternehmern. Mittels dieser Kanäle versucht die Partei den Informations- und Ideenaustausch sicherzustellen sowie Einfluss auszuüben. Das Gros der Privatunternehmer ohne Parteimitgliedschaft gehört diesen Verbänden an.[24] Als Privatunternehmer tätige Parteimitglieder lassen sich in zwei Gruppen einteilen. Die erste Gruppe wurde kooptiert. Kooptation bezeichnet die Aufnahme neuer Mitglieder in eine bereits bestehende Vereinigung, was hier also bedeutet, dass die privatunternehmerische Tätigkeit der Parteimitgliedschaft vorausging. Es liegt nahe, dass von Seiten der Partei in erster Linie um geschäftlich erfolgreiche Privatunternehmer geworben wird. Unter die zweite Gruppe fallen Parteimitglieder (vormals oft in höheren Kaderpositionen), die später eine Karriere als Privatunternehmer gestartet haben. Dieses Vorgehen wird in der VR China auch als „xi4h3i“ bezeichnet, was man in etwa mit „ins Meer eintauchen“ übersetzen könnte. Eine von Bruce J. Dickson durchgeführte Umfrage unter Privatunternehmern ergab, dass 13,4% zur kooptierten Gruppe und 24,6% zur xi4h3i-Gruppe gehörten. 62% gaben an, dass sie (noch) nicht Parteimitglied sind.[25]

[22] vgl. Dickson 2003b: 122ff.
[23] vgl. Dickson 2003a: 200.
[24] s. Dickson 2003a: 187.
[25] s. Dickson 2003a: 199.

2.4 Interessen der Privatunternehmer

Die Interessen der Privatunternehmer in der VR China scheinen sehr pragmatisch, durch Sicherheitsdenken geprägt und an ökonomischen Kriterien orientiert zu sein. Als Hauptprofiteure der derzeitigen Wirtschaftspolitik sind sie an einer Beibehaltung der Wirtschaftsreformen und des politischen Status quo interessiert. Die Partei wird als wesentlicher Stabilitätsfaktor im politischen System betrachtet und zentrale demokratische Reformen als Gefahr für diese Stabilität gewertet.[26] Darüber hinaus bietet sich durch die Parteizugehörigkeit ein nützliches Netzwerk an Kontakten, sei es zu anderen Privatunternehmern oder zu lokalen Parteikadern. Sie verschaffen sich somit auch politische Rückendeckung, um „ihre auf rechtsunsicherem Terrain agierenden Betriebe führen zu können".[27] Diese Gesellschaftsgruppe betreibt also keine Opposition zur Partei, sondern ist ganz im Gegenteil an Einbindung und Partizipation interessiert, um so den politischen Rahmen mitgestalten zu können. Dies drückt sich in dem Trend zum Parteibeitritt aus, den Dickson in Umfragen festgestellt hat. Demnach sind etwa 40% der befragten groß- und mittelständischen Privatunternehmer bereits Parteimitglieder, und weitere 25% möchten beitreten.[28] Wenn man nun berücksichtigt, dass 5% der Gesamtbevölkerung Parteimitglied sind[29], lässt sich eine Überrepräsentation von Privatunternehmern in der Partei feststellen. Ich werde im dritten Teil meiner Untersuchung die Interessen der Privatunternehmer noch einmal aufgreifen, dann in Hinsicht auf ihre Bedeutung für eine mögliche Veränderung des politischen Systems der VR China.

2.5 Interessen der Partei

Ein zentrales Interesse der Partei liegt in ihrer Verankerung in der Gesellschaft und somit der Einbindung der für die wirtschaftliche Entwicklung so wichtigen und sozial einflussreichen privaten Unternehmerschicht. In einer sich stetig ausdifferenzierenden Gesellschaft kommt den Privatunternehmern eine Schlüsselrolle als Basis einer zukünftig breiteren Mittel- und Oberschicht zu, deren Interessen die Partei nicht vernachlässigen darf, wenn sie weiterhin die politische Führungsrolle beanspruchen will. Daneben ist die Partei bestrebt, über jedwede Form politischer Partizipation die Kontrolle zu bewahren, um damit der Bildung einer

[26] vgl. Dickson 2003a: 188.
[27] Heberer 2003: 48.
[28] s. Dickson 2003a: 198.
[29] ebenda

Opposition bereits im Vorfeld entgegenzuwirken.[30] Demgemäß lassen sich auch die politischen Ambitionen der Privatunternehmer durch Einbindung in die Partei besser kontrollieren. Des Weiteren soll eine mögliche Einflussnahme regimekritischer Gruppen auf Privatunternehmer verhindert werden, die allerdings ohnehin eher zweifelhaft erscheint, da die Bereitschaft zu radikalen politischen Reformen unter Privatunternehmern wie oben bereits dargestellt nicht vorhanden ist. Ein weiteres Interesse der Partei sehe ich in der Rekrutierung qualifizierter Parteikader, die sich auch für höhere politische Ämter eignen würden. Gut ausgebildete Privatunternehmer stellen also einen wichtigen Rekrutierungspool für Parteinachwuchskräfte dar.

3. Chancen für einen Wandel des politischen Systems?

Sind Privatunternehmer „agents of change"? Trägt ihre Aufnahme in die Partei zu einer Veränderung, gar Demokratisierung, des politischen Systems der VR China bei? Um diese zentralen Fragen zu beantworten, gebe ich die wesentlichen Thesen in der sinologischen und politikwissenschaftlichen Forschung hierzu wieder und ergänze sie durch eigene Gedanken.

In der Fachliteratur wird die Frage, ob die Aufnahme von Privatunternehmern in die Partei einen abrupten Wandel des politischen Systems der VR China herbeiführen könnte, im Kern überwiegend sehr skeptisch beantwortet. Wie unter 2.5 *Interessen der Privatunternehmer* bereits erläutert, wird hierfür durchgehend als Hauptargument genannt, dass die Privatunternehmer selbst grundlegende Systemveränderungen ablehnen, da sie vom Fortbestand der jetzigen politischen Situation profitieren würden. Die Partei gilt als Garant der politischen und wirtschaftlichen Stabilität, die durch radikale politische Reformen gefährdet würde. Als mahnendes Beispiel wird in der VR China oft der Zusammenbruch der Sowjetunion genannt, da das entstandene Machtvakuum politisch wie wirtschaftlich teilweise chaotische Folgen in den früheren Mitgliedstaaten mit sich brachte. Bei der großen Mehrheit der Privatunternehmer ist kein politisches Sendungsbewusstsein festzustellen, das über die Wahrung persönlicher Vorteile hinausgehen würde. Wirtschaftliche Interessen sind ausschlaggebend für ein mögliches politisches Engagement. Man könnte aus meiner Sicht das Gros dieser Gesellschaftsgruppe auch als unpolitisch bzw. als politisch kaum interessiert beschreiben, sofern wirtschaftliche Fragen nicht berührt werden. Darüber hinaus weist Heike

[30] vgl. Dickson 2003a: 200.

Holbig darauf hin, dass die Aktions- und Einflussmöglichkeiten der Privatunternehmer innerhalb der Partei auf absehbare Zeit sehr beschränkt sein werden. Denn zum einen nimmt sich beispielsweise „die Zahl der tatsächlich am politischen Prozess des Parteitags partizipierenden Unternehmer als sehr bescheiden“ aus, und zum anderen „müssen sie einen langwierigen Selektionsprozess durchlaufen, in dessen Verlauf sie eine intensive Sozialisierung zu tauglichen KP-Mitgliedern erfahren.“ [31] Grundsätzlich ist ohnehin zweifelhaft, ob die Partei es gestattet, dass Privatunternehmer in näherer Zukunft höhere oder höchste Parteiämter besetzen werden. Sie sollen zwar ideologisch und durch Partizipation eingebunden werden, aber das vorerst nur in einem kontrollierbaren Rahmen. Außerdem habe ich oben bereits kurz darauf hingewiesen, dass der Privatunternehmer mit Parteimitgliedschaft de facto kein neues Phänomen darstellt, sondern es bereits seit den 1980er Jahren zu Aufnahmen in die Partei kam, wenn auch nur auf lokaler Ebene und unter Umgehung des offiziellen Parteibeitrittverbots. Ich halte die Einflusssphären heute für ähnlich begrenzt wie damals, da die Parteizugehörigkeit nur formal legalisiert wurde. Dass Privatunternehmer de facto bereits seit etwa 20 Jahren der Partei angehören, hat also nicht dazu geführt, dass die autoritäre Herrschaft der Partei erschüttert worden wäre.

Gleichwohl können langfristig die Folgen für die innere Parteistabilität schwerwiegend sein und die Partei „früher oder später vor eine Zerreißprobe stellen“.[32] Denn durch die Aufnahme von Privatunternehmern werden neue Ideen und neues Denken in die Partei hineingetragen, die sowohl die Parteistrukturen als auch die Parteiideologie weiter aufweichen können. Thomas Heberer spricht in diesem Zusammenhang auch von einer „Ökonomisierung von Politik“ und dem „Zurücktreten ideologischer gegenüber pragmatischen Momenten.“[33] Die Betonung des Pragmatischen ist zwar ein Grundpfeiler der chinesischen Politik seit fast 30 Jahren, aber eine mögliche Forcierung dieser Entwicklung durch Privatunternehmer würde die ideologischen Inhalte vollends aufbrechen. Dies befürchten auch die konservativen linken Kräfte in der Partei, die die marxistische Grundausrichtung noch stärker gefährdet sehen und einen Zerfall der Partei prognostizieren. [34] Wenn man zudem die bereits heutige Überrepräsentation von Privatunternehmern in der Partei in Relation zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung berücksichtigt, erscheinen die obigen Prognosen nicht unbegründet.

---

[31] Holbig 2002: 1407.
[32] Holbig 2002: 1405.
[33] Heberer 2003: 39.
[34] s. Dickson 2003a: 189.

Zu konstatieren ist also, dass durch die Aufnahme von Privatunternehmern in die Partei ein politischer Systemwandel in naher Zukunft kaum herbeigeführt wird, da die Privatunternehmer an einem solchen aus wirtschaftlichen Gründen nicht interessiert sind und ihr tatsächlicher Einfluss auf Entscheidungsprozesse in der Partei (noch) zu gering ist. Inwiefern sich die Partei langfristig weiter ideologisch und strukturell verändern wird, bleibt Spekulation.

4. Fazit

Die Kommunistische Partei Chinas hat mit der oben beschriebenen Neujustierung ihrer Ideologie einen längst überfälligen Schritt vollzogen. Um weiterhin auf ihrer politischen Führungsrolle bestehen zu können, musste sie sich zwingend auch programmatisch den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen anpassen. Die vormalige Definition als Partei der Bauern- und Arbeiterklasse wirkte in Zeiten einer sich immer stärker ausdifferenzierenden Gesellschaft anachronistisch. Gleiches gilt für die Einstufung der privaten Unternehmerschicht als „Klassenfeinde" oder Angehörige einer „Ausbeuterklasse". Die Bedeutung der Privatunternehmer für das Wirtschaftswachstum und damit den steigenden Wohlstand in der VR China hat dieses marxistische Paradigma scharf konterkariert, wenn nicht gar ad absurdum geführt. Die Anpassung der Parteiideologie war also aus Gründen der formalen Herrschaftslegitimation zwingend notwendig.

Dennoch stellt sich die Frage, inwiefern dadurch de facto die Herrschaft der Partei gesichert werden kann. Ich denke, dass diese programmatische Neuorientierung die Akzeptanz der Partei in der breiten Bevölkerung nicht sonderlich beeinflussen wird, denn wie so oft ist die Praxis ausschlaggebend. Die Partei muss ihrem neu postulierten Vertretungsanspruch für alle sozialen Schichten Taten folgen lassen. Für die politische Stabilität der VR China ist insbesondere ausschlaggebend, dass sich die Lebensverhältnisse der zunehmend benachteiligten Schichten bessern. Beispielsweise stellt die steigende Unzufriedenheit unter Chinas Bauern, die ihren Unmut über die Politik immer öfter auch gewaltsam zum Ausdruck bringen, ein enormes Krisenpotential dar. Unter Jiangs Nachfolger Hu Jintao soll dieser Gefahr durch besondere Berücksichtigung der Probleme der Reformverlierer entgegengewirkt werden. Dass die Partei auch daraus ihren Herrschaftsanspruch ableitet, wenn nicht gar davon abhängig macht, verdeutlicht ihre Zielsetzung eine „Dienerin des Volkes" sein zu wollen und

den „umfassenden Aufbau einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“ zu verwirklichen.[35] Hieraus lässt sich eine weitere Betonung des Pragmatischen ablesen, die ideologische Inhalte weiter in den Hintergrund drängen wird.

Gang Lin ist demnach zuzustimmen, wenn er die neue ideologische Ausrichtung der Partei so umschreibt:

„[…]to redefine the Party as an ever-innovating organization corresponding to China's ongoing socioeconomic and cultural changes, with its ruling constituency from the working class to the general public."[36]

Insofern ist das neue ideologische Verhältnis zur privaten Unternehmerschicht konsequent diesem Pragmatismus geschuldet und ist wesentlicher Bestandteil der Entwicklung von einer Klassen- zu einer Volkspartei.

[35] Zitiert nach Holbig 2002: 1405.
[36] Gang 2003: 39.

Literaturverzeichnis

Dickson, Bruce J. (2003a): “Economics as the Central Task: Do Entrepreneurs Matter?”, in: Finkelstein, David M./ Kivlehan, Maryanne (Hrsg.): *China's Leadership in the 21st Century – The Rise of the Fourth Generation*, Armonk/London: M.E. Sharpe.

Dickson, Bruce J. (2003b): *Red Capitalists in China – The Party, Private Entrepreneurs, and Prospects for Political Change in China*, Cambridge: Cambridge University Press.

Fewsmith, Joseph (2003): “Elite Responses to Social Change and Globalization“, in: Howell, Jude (Hrsg.): *Governance in China*, Lanham: Rowman & Littlefield.

Fischer, Doris (2005a): „Chinas sozialistische Marktwirtschaft”, in: *Informationen zur politischen Bildung (289) – Volksrepublik China*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Fischer, Doris (2005b): „China in der Weltwirtschaft*“*, in: *Informationen zur politischen Bildung (289) – Volksrepublik China*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Gang, Lin (2003): “Ideology and Political Institutions for a New Era”, in: Gang, Lin/ Hu Xiaobo (Hrsg.): *China after Jiang*, Washington D.C.: Woodrow Wilson Center Press.

Heberer, Thomas (2003): „Das politische System der VR China im Prozess des Wandels”, in: Derichs, Claudia (Hrsg.): *Einführung in die politischen Systeme Ostasiens : VR China, Hongkong, Japan, Nordkorea, Südkorea, Taiwan,* Opladen: Leske + Budrich.

Heilmann, Sebastian (2003): Von der „Klassenpartei“ zur „Volkspartei“: Ergebnisse des XVI. Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas, China Analysis No. 20 (Januar 2003), http://www.chinapolitik.de/studien/china_analysis/no_20.pdf, Zugriff am 05.03.2006.

Heilmann, Sebastian (2004): *Das politische System der Volksrepublik China*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Holbig, Heike (2002): „Der XVI. Parteitag der KPCh - Teil II: Politische Weichenstellungen“, in: *China Aktuell,* Dezember 2002.

Holbig, Heike (2004): „Auf dem Weg zur konstitutionellen Einparteienherrschaft? Die Verfassungsänderungen vom März 2004“, in: *China Aktuell*, März 2004.

Wu, Guoguang (2003): „From the July 1 Speech to the Sixteenth Party Congress: Ideology, Party Construction, and Leadership Transition“, in: Finkelstein, David M./ Kivlehan, Maryanne (Hrsg.): *China's Leadership in the 21st Century – The Rise of the Fourth Generation*, Armonk/ London: M.E. Sharpe.